



Presseschau vom 22.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **NYT-Bericht: Tel Aviv ist nicht in der Lage Atomprogramm Irans zu zerstören**
Hochrangige israelische Militärbeamte glauben, dass ein Militärschlag gegen iranische Atomeinrichtungen unvollständig bleiben würde. Iran verfüge über mehrere Nuklearstandorte, wobei einige davon tief unter der Erde lägen. Für israelische Bomben sei es insofern schwer, durchzuschlagen und die Atomanlagen zu zerstören. Außerdem gestalte sich ein Angriff wegen des Mangels an Tankflugzeugen sehr schwierig. ...
<https://kurz.rt.com/2rcn>

Leo Ensel: **"Respektvoll streiten!" – Konstruktive Vorschläge für ein zerrissenes Land**
Die ehemalige ARD-Korrespondentin in Moskau Gabriele Krone-Schmalz hat ein Buch vorgelegt, das sich – obwohl in den Leitmedien kaum besprochen – zum heimlichen Bestseller entwickelt hat. "Respekt geht anders" ist ein leidenschaftliches Plädoyer für eine zivilisierte Streitkultur. ...
<https://kurz.rt.com/2rb8>

de.rt.com: **Ex-Geheimdienstchef bestätigt erstmals Israels Rolle bei Ermordung des iranischen Militärs Soleimani**
In einem Interview gibt ein ehemaliger Geheimdienstchef des israelischen Militärs, Tamir Hayman, eine Rolle Israels bei der gezielten Tötung des iranischen Oberkommandierenden

Qassem Soleimani im Jahr 2020 zu. Die Ermordung sei ein "Erfolg" gewesen, so Hayman. ...
<https://kurz.rt.com/2rda>

snanews.de: **Virologe Kekulé: „Vorläufige Dienstenthebung“ durch Universität Halle**
Der Virologe Alexander Kekulé darf nach eigenen Angaben vorerst nicht mehr an der Universität Halle forschen und lehren. Die Martin-Luther-Universität habe eine „vorläufige Dienstenthebung“ gegen ihn ausgesprochen. Kekulé selbst spricht aber von einem „politischen Verfahren“. ...
<https://snanews.de/20211222/virologe-kekul-4770767.html>

Dagmar Henn: **Boris Palmer und die Impfpflicht: Mit Corona in den Bürgerkrieg?**
Wie weit sind Politiker bereit zu gehen, um zur Impfung zu nötigen? Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hat hier neue Maßstäbe gesetzt: Er ist bereit, dafür das Land in Brand zu setzen. Nicht nur die Verfassung bleibt als Kollateralschaden auf der Strecke. ...
<https://kurz.rt.com/2rdg>

Ilona Pfeffer: **„Linke braucht keinen neuen Kompass“ – Sevim Dagdelen**
In einem Gastbeitrag für die „Junge Welt“ macht sich Sevim Dagdelen, Obfrau der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, Gedanken um die Ausrichtung ihrer Partei. Kernelemente linker Politik seien verlorengegangen. ...
<https://snanews.de/20211222/linke-sevim-dagdelen-4773391.html>

Nikolaj Jolkin: **Panik pur in der Nato: Russland ist nicht zu bändigen! – Wiener Geopolitiker**
Die russische Forderung, die Nato nicht weiter in die Ukraine und nach Georgien zu bringen, ist laut Herbert Martin, Präsident des International GeoPolitical Institute in Wien, absolut verständlich. Diese Sicherheitsgarantie werden die USA aber wegen des fortlaufenden Hegemonie-Wahns nicht freiwillig zugestehen wollen. ...
<https://snanews.de/20211222/nato-russland-wiener-geopolitiker-4773615.html>

de.rt.com: **Bußgeld gezahlt? Linz in Österreich will Kontrolleure zu Impf-Verweigerern schicken**
Ab Februar 2022 gilt in Österreich eine allgemeine Impfpflicht. Jeder ab 14 Jahren muss sich gegen das Coronavirus impfen lassen. Wer sich weigert, dem drohen Bußgelder. Um sicherzustellen, dass die Bußen auch bezahlt werden, sucht man im österreichischen Linz nun Kontrolleure. ...
<https://kurz.rt.com/2re6>

de.rt.com: **Neue Verbreitungsplattform: RT DE jetzt auf "Odysee"**
Nachdem YouTube keine verlässliche Plattform zur Veröffentlichung kritischer Beiträge ist, zieht "RT DE" die Konsequenz und nutzt eine Alternative: Zumindest Teile des Programms werden auf "Odysee" zugänglich sein. ...
<https://kurz.rt.com/2ret>

de.rt.com: **Cyberangriff: Zehn Staaten simulierten den Zusammenbruch des Finanzsystems**
2008 standen weltweit Banken vor dem Zusammenbruch. Ursache war die Spekulation mit hypothekengesicherten Wertpapieren. Anfang Dezember dieses Jahres fand eine Simulation statt, bei der ein Cyberangriff als Ursache galt. Das, was geübt wurde, kann aber auch ohne einen "Angriff" eintreten. ...
<https://kurz.rt.com/2rf3>

abends/nachts:

sna-news.de: **US-Außenministerium fordert Deeskalation und droht mit Sanktionen vor Dialog mit Russland**

Das amerikanische Außenministerium hat Moskau dazu aufgefordert, für eine Entspannung der Sicherheitslage in Europa zu sorgen, drohte zugleich aber auch mit schweren Sanktionen im Fall einer Invasion in die Ukraine. Darüber hinaus sprach das State Department den bilateralen Sicherheitsdialog mit Russland an.

So sagte die stellvertretende Staatssekretärin für Europa und Eurasien im amerikanischen Außenministerium, Karen Donfried, am heutigen Dienstag gegenüber Journalisten:

„Wesentlicher Fortschritt an der diplomatischen Front ist nur in einer Stimmung der Deeskalation und nicht der Eskalation möglich. Deshalb rufen wir Russland zur Deeskalation auf.“

Gleichzeitig mit dieser Forderung drohte die Außenpolitikerin neue Sanktionen an, sollte Russland nicht nachgeben: „Gemeinsam mit unseren Verbündeten haben wir zu verstehen gegeben, dass wir mit schweren wirtschaftlichen Maßnahmen reagieren, die wir in der Vergangenheit nicht in Betracht zogen und die der russischen Wirtschaft und dem Finanzsystem erheblichen Schaden zufügen.“

Maßnahmen zum Wohl der Ukraine

Neben Wirtschaftssanktionen erwägt Washington laut der Außenpolitikerin auch militärische Mittel:

„Im Fall einer weiteren Invasion Russlands in die Ukraine werden wir den Ukrainern zusätzliches Abwehrgerät bereitstellen – weit über das hinaus, was wir jetzt schon bereitstellen.“

Washington beobachte die Lage aufmerksam und werde der Ukraine auch in den kommenden Wochen und Monaten weitere Ausrüstung „mittels verschiedener Mechanismen“ liefern.

Auch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 bleibe im Fokus der amerikanischen Führung. Hierbei setze Washington auf die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung, um Schaden von der Ukraine abzuwenden. Die Gasleitung dürfe nicht als Waffe und nicht gegen die Ukraine eingesetzt werden.

Bereitschaft zum bilateralen Dialog

Ferner äußerte sich Donfried zu möglichen Verhandlungen über die Sicherheitsgarantien, die die russische Regierung den USA und der Nato letzten Freitag angeboten hat. Washington werde das Datum der Verhandlungen gemeinsam mit Russland festlegen, vorläufig sei jedoch von einem Treffen im Januar auszugehen, sagte die Außenpolitikerin: „Im Rahmen der Nato tagt der Nordatlantikrat. Es wird darum gehen, Russland vonseiten der Nato zu einem Treffen des Nato-Russland-Rats einzuladen und anschließend in der OSZE. Ein genaues Datum habe ich noch nicht, aber meinem Gefühl nach werden wir im Januar Bewegung in diese Richtung sehen.“

Das Außenministerium in Moskau hat den USA und der Nato vertragliche Sicherheitsgarantien angeboten, wonach die nordatlantische Allianz auf die Erweiterung in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll. Das westliche Militärbündnis soll auch seine militärischen Aktivitäten in Osteuropa, in der Ukraine, im Südkaukasus sowie in Zentralasien einstellen.

Am heutigen Dienstag erklärte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, die USA zeigten die Bereitschaft zur Aufnahme bilateraler Verhandlungen. „Es gibt eine Einigung zum Format und auch eine Einigung über die Behörden, die bei diesen Verhandlungen vertreten sein werden. Das Wichtigste ist jetzt, dass diese Verhandlungen in praktischer Hinsicht beginnen“, so Lawrow.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/0f/165825_0:54:1025:630_1920x0_80_0_0_b5bdc7b540e73d67064a46b79ceb4cbd.jpg

snanews.de: **Aus Angst vor „nächstem Schritt“ Putins: USA und Großbritannien entsenden Cyberexperten in Ukraine**

Die USA und Großbritannien haben nach Angaben der Zeitung „The New York Times“ insgeheim Experten für Cyber-Kriegsführung in die Ukraine entsandt, um das Land vor möglichen Cyberangriffen vonseiten Russlands zu schützen.

Die Sorgen der westlichen Staaten wegen einer möglichen Invasion Russlands in die Ukraine bieten einen Nährboden für weitere Spekulationen. Die USA und Großbritannien haben laut „The New York Times“ ein Cyber-Experten-Team in die Ukraine entsandt, um dem Land bei der Abwehr möglicher russischer Cyberangriffe zu helfen.

Die Zeitung berichtete darüber mit Verweis auf das Jahr 2015, als es in der Ukraine zu einem großflächigen Stromausfall infolge eines Hackerangriffs gekommen war. Damals haben mehrere Sicherheitsfirmen aus den USA, Deutschland und der Ukraine eine Hackergruppe aus Russland dafür verantwortlich gemacht.

„Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben jetzt heimlich Cyber-Experten in die Ukraine geschickt, in der Hoffnung, das Land auf den ihrer Ansicht nach nächsten Schritt des russischen Präsidenten Wladimir Putin vorzubereiten <...>“, heißt es in dem Blatt.

Es gehe um „Cyberangriffe, die darauf abzielen, Stromnetze, das Bankensystem und andere wichtige Komponenten der Wirtschaft und der Regierung der Ukraine lahmzulegen“.

„Hauptziel“ des russischen Präsidenten

Des Weiteren schreibt die Zeitung unter Berufung auf die US-Geheimdienste, Russland würde auf diese Weise versuchen, den ukrainischen Präsidenten, Wladimir Selenski, als „unfähig und wehrlos“ darzustellen und dies möglicherweise zum Vorwand für eine Invasion in die Ukraine nehmen.

„In gewisser Hinsicht hat die russische Cyberkampagne gegen die Ukraine nie aufgehört“, zitiert „The New York Times“ US-Beamte.

Dem führenden Ermittler russischer Cyberaktivitäten, Dmitri Alperowitsch, zufolge handelt es sich dabei um eine großangelegte Kampagne, die auf zahlreiche ukrainische Regierungsbehörden abzielt – „einschließlich der nationalen Polizei und der Elektrizitätswerke“. Putin, so Alperowitsch, betrachte die Cyberangriffe als „Vorbereitung des Schlachtfelds“.

Ferner berichtet die Zeitung unter Berufung auf US-Beamte, dass eine militärische Invasion Russlands „alles andere als sicher“ sei. „Die aktuelle Einschätzung der US-Regierung ist, dass er (Putin – Anm. d. Red.) keine Entscheidung getroffen hat“, hatte zuvor der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, gesagt.

Die russische Cyberaktivität soll von einer Großzahl von Beamten diskutiert worden sein, die

anonym bleiben wollten. Besprochen wurde dabei dem Artikel zufolge, ob Putin durch „die Schwächung der ukrainischen Infrastruktur“ sein Hauptziel erreichen könne – nämlich „die ukrainische Regierung zu stürzen und sie durch einen Drahtzieher zu ersetzen“.

„Die von Russland geführten Informationskampagnen konzentrierten sich darauf, die ukrainische Regierung zu verunglimpfen und ihren Präsidenten zu beschuldigen, eine humanitäre Krise im Osten des Landes verursacht zu haben <...>“, schreibt das Blatt.

Ein britischer Regierungssprecher soll „The New York Times“ mitgeteilt haben, dass die Hilfe der USA und Großbritanniens für die Ukraine einen „defensiven Charakter“ habe. Die US-Administration teilte ihrerseits mit, dass die US-Behörden seit längerer Zeit die Bemühungen der Ukraine unterstützten, ihre Cyberabwehr zu stärken und die Cyber-Resilienz zu erhöhen.

Spannung zwischen Russland und Westen

Bei der Ukraine und dem Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat mehrmals in diesem Zusammenhang erklärt, Moskau habe keine aggressiven Pläne, und dem Westen vorgeworfen, Russland international zu „dämonisieren“. Das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen, so der Politiker.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor auf die gefährlichen Versuche der Nato-Staaten verwiesen, das ukrainische Territorium „aktiv“ zu erschließen und ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen, was die Sicherheit Russlands gefährde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0b/4658560_0:82:2057:1239_1920x0_80_0_0_8a53afb26da620ba3fc3e719a8510d52.jpg

de.rt.com: Iran fordert Maßnahmen vom UN-Sicherheitsrat wegen israelischer Aggressionen gegen Syrien

Angesichts anhaltender Angriffe Israels gegen Syrien forderte eine iranische Diplomatin vor dem Sicherheitsrat Maßnahmen, um diese Verstöße gegen das Völkerrecht und die UN-Charta zu ahnden. Syriens Souveränität müsse respektiert werden.

Die stellvertretende UN-Botschafterin der Islamischen Republik Iran, Sahra Erschadi, hat in einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat das Gremium dazu aufgerufen, Maßnahmen zu ergreifen, um die israelischen Aggressionen gegen Syrien zu beenden, die sie streng verurteilte, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete.

Erschadi verwies in ihrer Rede darauf, dass das syrische Volk seit über einem Jahrzehnt an den Folgen des Konfliktes zu leiden habe. Um dieses Leiden und die sich aus dem Syrien-Konflikt ergebende Gefährdung des Friedens und der Sicherheit in der Region zu beenden, sei es nötig, die Bemühungen um eine politische Lösung zu verstärken. Ein möglicher Weg dafür sei das Astana-Format.

Die iranische Diplomatin begrüßte den jüngsten Gefangenenaustausch, der von den Staaten vermittelt worden war, die sich am Astana-Format beteiligen, darunter auch Iran. Teheran werde weiterhin für solche "noblen Bemühungen" eintreten und die humanitären Anstrengungen unterstützen.

Um die humanitäre Situation in Syrien zu verbessern, forderte Erschadi dazu auf, die völkerrechtswidrigen, unilateralen Sanktionen gegen Syrien aufzuheben, die das Leid des syrischen Volkes verlängern und die Arbeit von internationalen und nationalen humanitären Hilfsorganisationen erschweren würden.

Zudem sei es wichtig, sicherzustellen, dass die für das syrische Volk bestimmten Hilfsgüter auch wirklich die Betroffenen erreichten, und nicht in die Hände von Terroristen gerieten. Erschadi forderte ebenfalls, sichere Rückkehrmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge zu schaffen sowie gegen Versuche vorzugehen, willige Flüchtlinge von einer Rückreise nach Syrien abzuhalten.

Die iranische Vizebotschafterin griff die israelische Syrien-Politik scharf an:

"Wir verurteilen aufs Schärfste alle Aggressionen des israelischen Regimes gegen Syrien und bekräftigen Syriens Recht auf Selbstverteidigung und darauf, zu einem Zeitpunkt und an einem Ort seiner Wahl zu reagieren. Der Sicherheitsrat muss das israelische Regime dazu zwingen, die Besetzung des syrischen Golan zu beenden und auch seine Aggressionen gegen Syrien unverzüglich einzustellen."

Zudem müsse die anhaltende Okkupation syrischer Territorien durch fremde Streitmächte, die eine schwere Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta darstelle, unverzüglich beendet werden. Sämtliche Streitkräfte, die sich nicht auf Geheiß der syrischen Regierung im Land befänden, müssten Syrien unverzüglich verlassen. Die jüngsten Berichte über mehrere Dutzend zivile Opfer infolge von US-Angriffen in Syrien zeige die Dringlichkeit dieser Angelegenheit.

Erschadi verurteilte im Namen Irans zudem "separatistische Aktivitäten oder illegitime Selbstregierungsinitiativen in Syrien" sowie die Unterstützung solcher Aktivitäten und Initiativen. Damit meinte sie offenbar die kurdischen Gebiete im Nordosten des Landes, die von der YPG-Miliz mit Unterstützung der USA kontrolliert werden.

Die Syrien-Krise müsse der iranischen Diplomatin zufolge friedlich und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gelöst werden, insbesondere unter vollständiger Beachtung der Souveränität und der territorialen Integrität von Staaten. Iran werde weiterhin das Volk und die Regierung Syriens dabei unterstützen, ihre Einheit und territoriale Integrität wiederherzustellen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c1e539b480cc2f34494a64.jpeg>

de.rt.com: **Peking stärkt Russland den Rücken bei Ukraine-Konfrontation mit NATO**

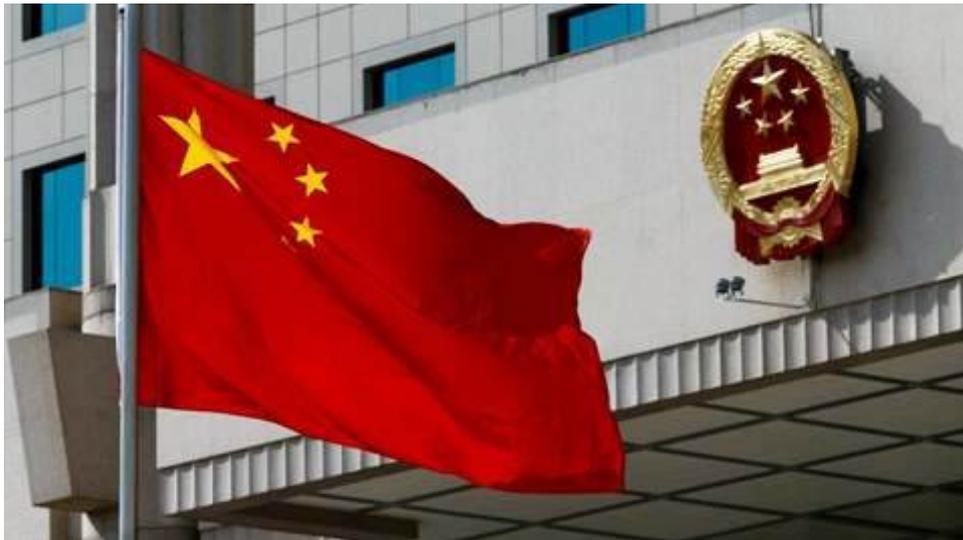
Angesichts der Spannungen zwischen Russland und den NATO-Staaten um Moskaus Forderungen von Garantien, dass sich der Militärblock nicht auf weitere osteuropäische Staaten ausdehnt, hat die Volksrepublik China die Forderungen Russlands bekräftigt. Das chinesische Außenministerium hat erklärt, dass Russlands Vorschläge an die Militärallianz NATO und an die USA über gegenseitige Sicherheitsgarantien dazu beitragen können, das Vertrauen zwischen den Ländern zu stärken und das Risiko von Konflikten zu verringern, wie es auf Anfrage der Nachrichtenagentur Sputnik erklärte. Peking stellte fest: "Was die vom russischen Außenministerium veröffentlichten Entwürfe für Sicherheitsgarantien an die Vereinigten Staaten und die NATO und die Auswirkungen der Vorschläge auf die globale strategische Stabilität angeht, ist China der Ansicht, dass die russischen Vorschläge im gegenwärtigen Umfeld den grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen entsprechen, zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Ländern beitragen, das Konfliktrisiko verringern und die globale und regionale strategische Stabilität verteidigen."

Nach Ansicht der chinesischen Regierung müsse die NATO ihren ideologischen Ansatz aufgeben und stattdessen einen Beitrag zur regionalen Sicherheit leisten. In der offiziellen Erklärung heißt es:

"Als größtes Militärbündnis der Welt muss die NATO die Mentalität des Kalten Krieges und ideologische Vorurteile aufgeben und sich stärker für die Aufrechterhaltung der internationalen und regionalen Sicherheit und Stabilität einsetzen."

Am 17. Dezember veröffentlichte das russische Außenministerium den Entwurf zweier Abkommen zwischen Russland und den USA bzw. der NATO über gegenseitige Sicherheitsgarantien. Die Dokumente wurden bereits an Washington sowie an die NATO-Verbündeten weitergeleitet.

Einer der Punkte sieht vor, dass die NATO Garantien für die Nichtexpansion u.a. auf ukrainisches Territorium abgeben solle. Der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow erklärte gegenüber Sputnik, dass es zu einer neuen Runde von Konfrontationen kommen könnte, wenn die NATO und die USA nicht auf Russlands Forderung nach Sicherheitsgarantien eingehen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c1d2ad48fbef4859272de6.jpeg>

de.rt.com: **Erstes Telefonat zwischen Putin und Scholz**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit dem vor Kurzem neu gewählten Bundeskanzler Olaf Scholz telefoniert. Putin gratulierte Scholz zu seinem Amtsantritt. Es wurden die bilateralen Beziehungen sowie die Lage in der Ukraine besprochen. Im ersten Telefongespräch mit dem neuen Bundeskanzler Olaf Scholz hat der russische Staatschef Wladimir Putin seinem Kollegen zu dem Amtsantritt gratuliert. Am 8. Dezember, als Scholz als neunter Bundeskanzler vereidigt worden war, hatte Putin ein Glückwunschtelegramm an den neuen Regierungschef der Bundesrepublik entsandt. Diesmal soll Putin Scholz über russische Vorschläge für Sicherheitsgarantien informiert haben, die ein weiteres Vorrücken der NATO nach Osten ausschließen, wie aus der Mitteilung auf der Kreml-Seite hervorgeht. Putin besprach das Thema heute auch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Bereits am 15. Dezember hatte das russische Außenministerium an die USA und die Mitglieder des Bündnisses einen Vertragsentwurf über Sicherheitsgarantien übermittelt. In ihrem Gespräch gingen die beiden Staatschefs auf die Frage der Ukraine ein. Auf der Webseite der Bundesregierung heißt es:

"Der Bundeskanzler und der russische Präsident sprachen auch über die verstärkte russische Militärpräsenz im Umfeld der Ukraine. Der Bundeskanzler drückte seine Sorge angesichts der Lage aus und sprach von der dringenden Notwendigkeit einer Deeskalation."

Zudem soll Putin den Stand der Dinge in dieser Angelegenheit erläutert haben. Es soll vom russischen Staatschef insbesondere darauf hingewiesen worden sein, dass sich Kiew nach wie vor hartnäckig seinen Verpflichtungen gemäß dem Minsker Abkommen von 2015 entziehe, was auch die Durchführung eines möglichen neuen Gipfels im Normandie-Format verhindere. Scholz soll die Notwendigkeit unterstrichen haben, die Verhandlungen im Normandie-Format voranzubringen. Es wurde vereinbart, den Meinungs austausch über diese und andere Themen der internationalen und bilateralen Agenda im Rahmen weiterer Kontakte fortzusetzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c2268cb480cc7aa17a959b.jpg>

snanews.de: „Rein kommerzielle Entscheidung“: Russland stoppt erneut Gas-Lieferung über Jamal-Europa-Pipeline

Russland hat am Dienstag erneut die Erdgas-Lieferung über die russisch-europäische Pipeline Jamal-Europa gestoppt. Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow ist dies eine rein kommerzielle Entscheidung, die nichts mit Politik zu tun hat.

Wie bereits an neun Tagen Anfang November, wurde an der Verdichterstation Mallnow (Brandenburg) seit dem Morgen Gas in die entgegengesetzte Richtung nach Polen gepumpt. Die Liefermenge war bereits in den drei Tagen zuvor deutlich reduziert worden, wie aus im Internet veröffentlichten Daten des Gasnetzbetreibers Gascade hervorgeht.

Peskow bezeichnete den Schritt als wirtschaftliche Entscheidung und keine politische.

„Nein, dies ist eine absolut kommerzielle Situation. Nach den konkreten Gründen sollte man Gazprom selbst fragen. Aber hier gibt es keinen Zusammenhang, dies ist eine absolut kommerzielle Situation“, sagte er gegenüber Reportern auf die Frage, was der Grund zunächst für den Rückgang der Gaslieferungen über die Pipeline und dann für das Umschalten auf Revers sei und ob es einen Zusammenhang mit den gestoppten Gaslieferungen nach Deutschland und der Befüllung des zweiten Strangs von Nord Stream 2 gebe.

Aus Gazprom hieß es, das Unternehmen liefere Gas nach Europa gemäß den Anforderungen der Verbraucher in voller Übereinstimmung mit den aktuellen vertraglichen Verpflichtungen. Dass in Mallnow Gas in die andere Richtung fließe, sei nichts Außergewöhnliches, sagte ihrerseits eine Gascade-Sprecherin.

Für den Betrieb von Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland steht weiter die Genehmigung der Bundesnetzagentur aus. Kritiker sehen in der Gasleitung vor allem ein geopolitisches Projekt Moskaus.

Gazprom soll für Dienstag keine Transportkapazitäten in Richtung Deutschland gebucht haben. Stattdessen sei das Gas in die entgegengesetzte Richtung gepumpt worden – von Deutschland nach Polen. Am Montag betrug die Menge in Richtung Deutschland demnach nur 3,8 Millionen Kubikmeter Gas. Im November waren Berichten zufolge noch täglich zwischen 30 Millionen und 40 Millionen Kubikmeter Gas durch die Jamal-Pipeline gepumpt worden.

Rund zwei Drittel des nach Deutschland importierten Gases stammen laut der Bundesnetzagentur aus Russland und GUS-Staaten. Die in Deutschland ankommenden Gasimporte werden zu großen Teilen durchgeleitet, häufig nach Österreich und in die Niederlande. 2020 gelangten gut 23 Prozent des russischen Gases über Polen nach Deutschland.

Die am Dienstag nach Polen geleitete Gasmenge war zunächst vergleichsweise gering. Hochgerechnet auf 24 Stunden lag der Energiegehalt der Menge bei 30 Gigawattstunden. Am

3. November hatte der Wert dagegen noch bei 132 Gigawattstunden gelegen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/15/4768102_0:162:2500:1568_1920x0_80_0_0_0c4a10699848260078422dd1283b6a27.jpg

snanews.de: **Telefonat mit Scholz: Xi Jinping hofft auf positive Entwicklung deutsch-chinesischer Beziehungen**

In ihrem ersten Telefonat seit dem Amtsantritt von Olaf Scholz haben der chinesische Staats- und Parteichef, Xi Jinping, und der neue deutsche Bundeskanzler am Dienstag über die Vertiefung der bilateralen Partnerschaft und der Wirtschaftsbeziehungen sowie die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und China gesprochen.

Eine der wichtigsten außenpolitischen Fragen, über die sich Kanzler Scholz und die neu gewählte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) nun einig werden müssen, sei derzeit der künftige Kurs der neuen Bundesregierung gegenüber China.

Xi Jinping hofft auf Kontinuität im Verhältnis zu Deutschland unter dem neuen Kanzler. In dem Telefonat mit Scholz warb Xi laut chinesischen Medien am Dienstag dafür, dass beide Seiten bei der Entwicklung der Beziehungen „auf Kurs bleiben“. Auch sollten sie die „ausgezeichnete Tradition des ranghohen Führungsstils bewahren“, so die Staatsmedien. Die Äußerung deutet der Deutschen Presse-Agentur (DPA) zufolge darauf hin, dass Xi hofft, dass Scholz (SPD) wie seine Vorgängerin Angela Merkel (CDU) weiter die deutsche China-Politik bestimmen wird – und nicht die neue Außenministerin Baerbock, die sich schon deutlich kritisch gegenüber China gezeigt hat.

Wie die neue Regierung mit China umgeht, ist vorerst unklar. In seiner Regierungserklärung hatte Scholz China Zusammenarbeit in wichtigen Politikbereichen und einen fairen wirtschaftlichen Wettbewerb angeboten. Er kündigte auch an, dass die deutsche Regierung ihre Augen nicht „vor der kritischen Menschenrechtslage“ verschließen und Verstöße gegen universelle Normen beim Namen nennen werde.

Xi soll die Kooperation mit Deutschland in dem Gespräch mit Scholz als führend im Verhältnis zwischen Europa und China bezeichnet haben. „Wir hoffen, dass die deutsche Seite weiterhin eine positive Rolle bei der Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Europa spielen und dem Verhältnis weiter Stabilität und positive Energie hinzufügen wird“, zitieren chinesische Medien den Präsidenten.

Erstes Gespräch seit Scholz' Amtsantritt

Laut Regierungssprecher Steffen Hebestreit handelte es sich um das erste Gespräch der beiden Politiker seit dem Amtsantritt von Scholz Anfang Dezember. Themen waren laut Hebestreit die Vertiefung der bilateralen Partnerschaft und der Wirtschaftsbeziehungen sowie die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und China. Auch weitere internationale

Themen seien zur Sprache gekommen.

Gute deutsch-chinesische Beziehungen seien nicht nur im eigenen Interesse beider Länder, sondern auch förderlich für Frieden und Stabilität in der Welt, so Xi Jinping. China und Deutschland setzten sich für Multilateralismus ein. Laut Jinping sollten beide Länder auch „alle Formen der Vorherrschaftspolitik und eine Mentalität des Kalten Krieges“ ablehnen. China gilt als wichtigster Handelspartner Deutschlands. Differenzen bestehen aber weiterhin wegen Menschenrechtsverletzungen im Umgang mit Uiguren und Tibetern, wegen der Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong oder der Drohungen gegen Taiwan. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat während der vergangenen Jahre trotzdem auf einen harten Kurs gegen China verzichtet und auf Dialog gesetzt, was vor allem in den USA nicht gut ankam.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/0a/106100_0:0:2661:1497_1920x0_80_0_0_f09732d882f5acbd03d84b3b27e32615.jpg

de.rt.com: **Schoigu: Hyperschallraketen bald einsatzbereit**

Neuartige russische Hyperschallraketen, die theoretisch die derzeitigen Abwehrsysteme überwinden können, haben ihre Testphase beendet und sollen demnächst ausgeliefert werden, wie der russische Verteidigungsminister verkündete.

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat erklärt, dass Russlands neue Hightech-Hyperschallrakete, die mit neunfacher Schallgeschwindigkeit durch die Luft fliegen kann, ihre Erprobungsphase abgeschlossen habe und bald von den Fließbändern rollen werde. Bei einem Treffen hochrangiger Militärs am Dienstag sagte der Verteidigungsminister, dass die Erprobung der Zirkon-Rakete nun abgeschlossen sei und die Auslieferung an das Militär im Jahr 2022 beginnen werde. Er berichtete, dass das Land in den kommenden Jahren 258 Milliarden Rubel (3,1 Milliarden Euro) in die Aufrüstung seines Arsenalen investieren werde. Schoigu sagte:

"Bis 2026 wird die Zahl der Träger von Hochpräzisionswaffen mit großer Reichweite um 30 Prozent steigen, und der Bestand an Marschflugkörpern verschiedener Typen wird sich verdoppeln."

Er fügte hinzu, dass im Jahr 2022 21 Trägerraketen mit Interkontinentalraketen im Kampfeinsatz sein werden.

Der Hyperschall-Marschflugkörper Zirkon ist für die Überlegenheit auf See konzipiert und kann eine Geschwindigkeit von Mach-9 erreichen – das Neunfache der Schallgeschwindigkeit oder rund 10.000 Kilometer pro Stunde. Offiziellen Angaben der russischen Marine zufolge wird der Flugkörper dazu beitragen, gegnerische Flugzeugträgergruppen aus großer Entfernung anzugreifen, ohne abgefangen zu werden.

Die Geschwindigkeit des Flugkörpers in Verbindung mit einem reduzierten Radarquerschnitt ermöglicht es ihm theoretisch, die anvisierten Flugzeugträger zu erreichen, ohne dass eine

Chance zur Abwehr oder Vergeltung besteht. Sie soll auch in der Lage sein, feindliche Überschallraketen abzufangen.

Im November hatten die Behörden den letzten einer Reihe erfolgreicher Tests des Zirkon bekannt gegeben, als die Admiral Gorschkow, ein im Weißen Meer stationiertes Kriegsschiff, erfolgreich ein Seeziel in einer Entfernung von mehr als 400 Kilometern getroffen hatte. Anfang des Monats hatte der russische Präsident Wladimir Putin angekündigt, dass die Tests gut verlaufen und die Waffen 2022 an die russische Marine ausgeliefert werden sollen. In einer Fernsehansprache sagte er:

"Jetzt ist es besonders wichtig, die Technologien zu entwickeln und zu implementieren, die für die Schaffung neuer Hyperschallwaffensysteme, Hochleistungslaser und Robotersysteme erforderlich sind, die in der Lage sein werden, potenzielle militärische Bedrohungen wirksam zu bekämpfen, was bedeutet, dass sie die Sicherheit unseres Landes weiter stärken werden."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c1fc4348fbef43722c30f2.jpeg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 21. Dezember 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Putin: NATO-Osterweiterung ist Konsequenz der Euphorie nach "Sieg" des Westens im Kalten Krieg

Nach Ansicht des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist die NATO-Osterweiterung auf die Euphorie der westlichen Staaten nach ihrem "Sieg" im Kalten Krieg zurückzuführen. Die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion hätten sie jedoch falsch analysiert, so Putin.

Am Dienstag hat der russische Präsident die Sitzung des Vorstandes des russischen Verteidigungsministeriums besucht und dort einen Vortrag gehalten. In seiner Rede erinnerte Putin an die NATO-Aktivitäten in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre. Seiner Ansicht nach ist die NATO-Osterweiterung, die in dieser Zeit stattgefunden hatte, auf eine Euphorie nach dem Zerfall der Sowjetunion zurückzuführen:

"Ich glaube, dies ist mit dem Sieg im sogenannten Kalten Krieg verbunden. Und auch mit einer falschen Analyse der damaligen Situation und der möglichen weiteren Entwicklung der Ereignisse."

Putin versicherte, Russland sei bereit, militärisch-technische Maßnahmen im Falle der weiteren Annäherung der NATO an seine Grenzen zu treffen:

"Falls unsere westlichen Kollegen ihre klar aggressive Politik fortsetzen würden, würden wir adäquate militärisch-technische Maßnahmen treffen und auf unfreundliche Schritte hart

reagieren."

In diesem Zusammenhang unterstrich der russische Präsident, dass Russland rechtsverbindliche Garantien und nicht nur mündliche Versprechungen brauche. Russland habe das volle Recht auf Maßnahmen, welche die Sicherheit und Souveränität des Staates bewahren können. Darüber hinaus betonte Putin, dass sich Moskau für eine gleiche und unteilbare Sicherheit im gesamten eurasischen Raum einsetze. Daher fordere Russland keine besonderen Bedingungen nur für sich selbst.

Erneut zeigte sich der Präsident über die Aktivitäten der NATO in der Nähe zu den russischen Grenzen besorgt. Putin verwies auf die Pläne der USA, die Ukraine zu bewaffnen:

"Der Aufbau der US- und NATO-Militärpräsenz direkt an der russischen Grenze sowie die Durchführung von groß angelegten, auch ungeplanten Übungen erregen Besorgnis."

Außerdem erinnerte der russische Staatschef hierbei an die westliche Unterstützung für Terroristen in der russischen Teilrepublik Tschetschenien in den 1990er Jahren und damit auch für die separatistische Bewegung in dieser Region.

Aktuell spitzt sich die Lage um den Konflikt in der Ostukraine zu. Vor diesem Hintergrund wird der Ton Washingtons gegenüber Russland immer lauter und feindseliger. Kiew und die westlichen Staaten werfen Moskau die Verlegung russischer Truppen an die Grenze Russlands zur Ukraine vor. Hingegen zeigt sich Russland über die provokativen Aktivitäten der NATO-Staaten im Schwarzen Meer und mögliche Vorbereitungen Kiews auf eine groß angelegte Offensive gegen die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine besorgt.

Zu der Erwartung Russlands, rechtsverbindliche Garantien für ein Ende der NATO-Osterweiterung zu erhalten, hatte US-Präsident Joe Biden erklärt, die USA würden keine roten Linien Moskaus akzeptieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c1db43b480cc2f34494a54.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Dezember 3:00 Uhr bis 22. Dezember 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Alexandrowka**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Auf unsere Anfragen gab es unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir

halten das Regime der Feueereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 20.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Geplante Provokation im Donbass – USA reagieren auf Lagebericht von Schoigu**

Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, hat die Erklärung des russischen Verteidigungsministers, Sergej Schoigu, über eine von den USA geplante Provokation mit Chemikalien im Osten der Ukraine als „nicht der Wahrheit entsprechend“ bezeichnet.

Schoigu hat am Dienstag in einer Sitzung mit dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, in einem Lagebericht erklärt, dass sich etwa 120 Mitarbeiter der Privaten Sicherheits- und Militärunternehmen (PMCs) der USA in der ukrainischen Region Donezk befänden und Schusspositionen in Wohngebäuden und an gesellschaftlich bedeutsamen Einrichtungen einrichteten. Außerdem seien Behälter mit nicht identifizierten chemischen Komponenten in den Städten Awdejewka und Krassny Liman geliefert worden, um Provokationen zu verüben.

„Diese Behauptungen des Ministers Schoigu entsprechen absolut nicht der Wahrheit“, sagte der Pentagon-Sprecher John Kirby gegenüber Journalisten. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin habe mit Schoigu vor dem Hintergrund der Spannungen in der Ukraine nicht gesprochen, fügte er hinzu. Auch sei nicht bekannt, ob so ein Gespräch geplant werde. Ein weiterer Pentagon-Sprecher, Ned Price, machte in einem Twitter-Beitrag ausschließlich Russland für die Eskalation der Lage in der Ukraine verantwortlich.

„Entgegen den Aussagen des russischen Verteidigungsministers sind Russland und seine Stellvertreter für die Eskalation der Spannungen verantwortlich, nicht die Ukraine oder die USA“, twitterte er am Mittwoch. Moskau solle von der „falschen, provokativen Rhetorik“ absehen und „bedeutende Schritte zum Abbau der Spannungen unternehmen, um eine positive Atmosphäre für Diskussionen zu schaffen“.

Als Reaktion darauf rief die russische Botschaft in Washington die USA auf, die Schuld für die zunehmenden Spannungen in den Beziehungen nicht Moskau zuzuschieben. „Für eine Deeskalation sollten die USA keinen antirussischen Militärstützpunkt an den Grenzen zu unserem Land schaffen“, twitterte die russische Botschaft. Washington sollte sich lieber dazu verpflichten, „eine weitere Nato-Osterweiterung auszuschließen und auf die Aufnahme ehemaliger Sowjet-Staaten in die Allianz zu verzichten, ihre Infrastruktur nicht für die Durchführung militärischer Aktivitäten zu nutzen sowie keine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen aufzubauen“.

Im Donbass wurden seit Ende Februar trotz zusätzlicher Maßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands wieder intensive Feuergefechte aufgenommen. Die Lage verschärfte sich, nachdem ukrainische Sicherheitskräfte am 13. Oktober einen Offizier festgenommen hatten, der die selbsterklärte Republik Lugansk im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes vertrat. Die beiden selbsterklärten Republiken, Donezk und Lugansk, weisen darauf hin, dass Kiew gezielt eine Eskalation des Konflikts provoziere.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/16/4771273_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_31d85d469290aabad68cb6b2d263029a.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 22. Dezember um 9:00 Uhr 21.295 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 417 Personen sind derzeit erkrankt, 17.833 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3045 Todesfälle.

de.rt.com: **Russischer Politiker: USA werden nicht ohne NATO-Verbündete mit Russland verhandeln**

Die Ansichten Russlands und der USA in der Ukraine-Frage sind ungleich. Washington will nicht ohne NATO-Verbündete verhandeln und eine mögliche Einbindung der baltischen Staaten und der Ukraine gefährdet den Erfolg der Gespräche, erklärte ein russischer Senator. Die Entscheidung Washingtons, eine Liste mit Forderungen zu erstellen, ist ein Mittel, um die Verhandlungen über Sicherheitsgarantien mit Russland zu verzögern. Dies erklärte Alexei Puschkow, der Vorsitzende der Kommission für Informationspolitik und Zusammenarbeit mit den Medien des russischen Föderationsrates, in einem Interview mit der Zeitung WSGLJAD. Zuvor hatte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price erklärt, dass die USA eine Liste von Bedenken gegen das Vorgehen Russlands vorlegen werden. Daraufhin sagte Puschkow:

"Der Sprecher des Außenministeriums betonte vor allem, dass die USA nicht ohne Verbündete und Partner mit Russland verhandeln würden. Meines Erachtens schränkt dies die Möglichkeiten einer Einigung drastisch ein, da die Verhandlungen zwischen dem polnisch-baltischen Block und der Ukraine zum Scheitern verurteilt sind."

Der russische Politiker ist sich sicher, dass die USA mit dieser Haltung Russland zu verstehen geben wollen, dass sie mit den Ansätzen Polens, der baltischen Staaten und der Ukraine einverstanden sind. Falls dies der Fall sei, so Puschkow, seien die Verhandlungen aussichtslos. In diesem Zusammenhang erinnerte der Politiker an die jüngsten Erklärungen der Verteidigungsminister Ost- und Nordeuropas, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, dass die Vorschläge Russlands zu den Sicherheitsgarantien inakzeptabel seien.

Laut Puschkow sind die Bedenken Washingtons jedoch nicht mit denen Russlands vergleichbar. Angesichts der von den USA aufgelisteten Vorbehalte erklärte er:

"Wenn der Vormarsch der NATO nach Osten und die US-Militärmanöver in der Nähe unserer Grenzen eine direkte Bedrohung für unsere Sicherheit darstellen, ergreifen wir in der Nähe der US-Grenzen keine ähnlichen Maßnahmen. Folglich würden sich ihre 'Sorgen' nicht um die Sicherheit der USA drehen, sondern um die Situation auf der anderen Seite des Ozeans – ein paar Tausend Meilen von den USA entfernt, wo die Vereinigten Staaten durch nichts bedroht sind. Es handelt sich also von Natur aus um eine ungleiche Auflistung."

Seiner Meinung nach biete dies Washington die Möglichkeit, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, nach dem Motto "Ihr habt uns eine Forderung gestellt, wir werden euch eine Gegenforderung stellen". Puschkows Einschätzung zufolge werden die USA noch lange Zeit auf ihrer Haltung beharren:

"Die US-Politik besteht im Wesentlichen darin, dass Russland stillschweigend zusieht, wie die USA die Ukraine in einen antirussischen Militärstützpunkt verwandeln."

Am Montagabend hatte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price mitgeteilt, dass die Vereinigten Staaten eine Liste mit Bedenken über das russische Vorgehen vorlegen würden. Ihm zufolge habe das Weiße Haus keine Maßnahmen seitens Russlands gesehen, die die Bedenken der USA mindern würden. Price sagte:

"Bekanntlich hat Russland eine Liste mit Bedenken über das Vorgehen der USA und der NATO vorgelegt. Wir beabsichtigen, gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten und Partnern unsere Besorgnis über das Vorgehen Russlands zum Ausdruck zu bringen, das unserer Ansicht nach unseren gemeinsamen Interessen und Werten schadet."

Gleichzeitig erklärte Price, die USA seien bereit, mit Russland diplomatisch zusammenzuarbeiten, nannte aber noch keine konkreten Pläne für den Aufbau bilateraler Beziehungen. Der Sprecher des US-Außenministeriums sagte:

"Russland hat seine Bedenken vorgetragen und wir unsere. Sobald wir genauere Informationen darüber haben, wie wir all dies diskutieren werden, werden wir Sie darüber informieren."

Am vergangenen Freitag hatte das russische Außenministerium Entwürfe für Verträge zwischen Russland und den USA sowie der NATO über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Das Abkommen sieht ein Ende der weiteren NATO-Erweiterung und keinen Beitritt der Ukraine zu dem Bündnis vor. Moskau fordert das Bündnis auf, jegliche militärische Aktivität außerhalb seiner Grenzen – in der Ukraine und anderen Gebieten in Osteuropa, dem Transkaukasus und Zentralasien – einzustellen. Die NATO wurde aufgefordert, keine zusätzlichen Waffen und keine neuen militärischen Kontingente außerhalb der Länder zu stationieren, in denen sie seit Mai 1997 vor der Aufnahme der osteuropäischen Länder in die NATO stationiert waren.

Die Vorschläge enthalten auch Bestimmungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien in Europa und über die Nichtstationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in Reichweite der jeweils anderen Seite. Moskau fordert Washington auf, dringend auf die Vorschläge zu reagieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c2405eb480cc7af42494fc.jpg>

Mzdnr.ru: Am 21. Dezember wurden in der DVR 1482 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon warn 237 positiv, bei 115 Patienten wurde die Diagnose Covid-19

klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 56 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 4 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 46 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 942 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 686 mit Sauerstoffunterstützung (+28 in den letzten 24 Stunden).

Am 22. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 117.091 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3831 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 105.178 als gesund entlassen, es gibt 9082 Todesfälle.

de.rt.com: RT DE von Liveausstrahlung über Eutelsat 9B ausgeschlossen

RT DE wurde auf Betreiben der Medienanstalt Berlin-Brandenburg von der Liveübertragung über Satellit, die am 16. Dezember über Satelliten von Eutelsat aufgenommen wurde, ausgeschlossen. Das ist ein Verstoß gegen das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen und ein Akt der Kompetenzüberschreitung.

In eigener Sache gibt der Pressedienst von RT das Folgende bekannt:

Heute, am 22. Dezember 2021, hat die deutsche Regulierungsbehörde MABB (Medienanstalt Berlin-Brandenburg) den europäischen Satellitendienst Eutelsat gezwungen, die Ausstrahlung unseres neuen, in Moskau ansässigen deutschsprachigen Senders RT DE über seine Plattform Eutelsat 9B einzustellen. Es ist unangemessen, dass die MABB als deutsche Regulierungsbehörde ihre Kompetenzen überschreitet, sich über das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen, dem sie selbst unterliegt, hinwegsetzt und Eutelsat zwingt, RT DE allein aufgrund der unbegründeten und sachlich falschen Behauptungen einer deutschen Regulierungsbehörde von seinem Übertragungsdienst zu entfernen.

Wir vertreten den Standpunkt, dass diese Vorgehensweise eine rechtswidrige Druckausübung darstellt, und sind zuversichtlich, dass zuständige Gerichte gegen diese Aktion vorgehen werden. Wir werden alle möglichen Rechtsmittel gegen die deutsche Regulierungsbehörde anwenden, sodass unsere Zuschauer weiterhin auf verschiedenen Plattformen sowie online auf unsere Inhalte zugreifen können.

Unsere Zuschauer können RT DE weiterhin online über die Internetsite von RT DE unter <https://de.rt.com/livetv/>, über Smart TV sowie über die RT News Mobile App sehen.

RT-Generaldirektor Alexei Nikolow betonte, dass die Sendelizenz in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz erworben worden war. "Wir werden auf jeden Fall für unsere Rechte kämpfen. Wir sind absolut sicher, dass alles, was wir getan haben, im Einklang mit dem Gesetz steht", sagte Nikolow. RT DE werde für Zuschauer arbeiten, die ihre eigenen Schlüsse ziehen und sich selbst informieren wollen:

„Wir haben bereits unser eigenes Publikum und es ist uns gelungen, die Liebe unserer Zuschauerinnen und Zuschauer zu gewinnen. Und selbst diejenigen, die uns nicht besonders mögen, sind es schon gewohnt, einen anderen Blickwinkel zu haben, fern von dem der Mainstream-Medien Deutschlands und anderer Länder.“

Zuvor hatte das Außenministerium der Russischen Föderation bereits Deutschlands Regierungsbehörden vorgeworfen, alles dafür zu tun, um RT die Ausstrahlung des deutschsprachigen Kanals RT DE nach Deutschland per Satellit unmöglich zu machen, was eine unmittelbare Behinderung der Arbeit von Journalisten darstellt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c2ea29b480cc2b6a0aea14.jpg>

Dnronline.su: Im Rahmen eines Arbeitsbesuchs einer Delegation der DVR in der Syrischen Arabischen Republik fanden am 21. Dezember Treffen mit dem Vertreter des Volksrats Syriens Hammuda Sabbagh sowie dem Minister für örtliche Selbstverwaltung Hussein Makhlof und dem Informationsminister Butros Al-Hallak statt.

Die Treffen fanden gemeinsam mit der Delegation aus Russland statt, zu der unter anderem die Abgeordneten der Staatsduma der RF Dmitrij Sablin und Alexandr Borodaj gehörten. Als Delegierte der DVR waren bei den Treffen der stellvertretende Leiter der Administration des Oberhauptes der DVR Gennadij Lebed, der stellvertretende Außenminister der DVR Sergej Peresada, der Leiter des Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow und der Berater der Oberhauptes der DVR Andrej Kramar anwesend.

Bei den Treffen wurden unter Beteiligung offizieller Persönlichkeiten Fragen der Entwicklung der Verbindungen zwischen Syrien, russischen Regionen und dem Donbass erörtert. Die Seiten äußerten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf einer Reihe von Gebieten im sozialen, kulturellen, Bildungs- und anderen Bereichen.

Dies ist bereits der dritte Besuch von Vertretern der DVR in Syrien in diesem Jahr.

de.rt.com: **China: Westen ist nicht qualifiziert, "Demokratie" zu lehren**

Peking hat die vom Westen geäußerten Bedenken über die jüngsten Wahlen in Hongkong zurückgewiesen. Die chinesische Regierung ist der Ansicht, dass der Westen die Demokratie als Vorwand nutzt, um sich in Chinas innere Angelegenheiten einzumischen.

Der Vorsitzende der Kommission für Wahlangelegenheiten Barnabas Fung Wah und andere Mitglieder der Kommission für Wahlangelegenheiten öffnen erste Wahlurnen bei der Wahl zum Legislativrat in einem Zentrum für die Stimmenauszählung in Hongkong, China, am 19. Dezember 2021.

Am Montag kritisierte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian die von den Staaten der Five Eyes-Allianz, der EU und der G7 geäußerten Kommentare zu den jüngsten Wahlen in Hongkong. Als Reaktion auf Behauptungen, Peking habe mit seiner Reform im März das demokratische Wahlsystem Hongkongs untergraben, erklärte der Beamte, der Westen kümmere sich nicht um die Demokratie in Chinas Sonderverwaltungszone, sondern benutze diese nur als Vorwand, um sich in "die Politik Hongkongs und Chinas innere Angelegenheiten einzumischen".

Zhao forderte die Nationen, die die Wahlen in Hongkong kritisierten, auf, "in den Spiegel zu schauen", da sie selbst nicht die "besten Schüler im Klassenzimmer der Demokratie und definitiv nicht als Lehrer qualifiziert" seien. Abschließend riet er den Kritikern Chinas, "sich

zuerst um ihr eigenes Haus zu kümmern" und verwies auf Versäumnisse im Kampf gegen COVID-19, politische Polarisierung und Rassendiskriminierung.

Ein hoher Beamter der chinesischen Regierungsvertretung in Hongkong wandte sich auch gegen die Behauptungen der Five-Eyes-Länder Australien, Kanada, Neuseeland, Großbritannien und die USA, dass die Demokratie in Hongkong "ausgehöhlt" werde. Er bezeichnete die Kritik als eine politische Farce und fügte hinzu, dass "die Zeiten vorbei sind, in denen sich ausländische Mächte über ihre politischen Agenten in die Angelegenheiten Hongkongs einmischen konnten".

Die Hongkonger Behörden haben am Dienstag eine Erklärung abgegeben, in der sie die jüngsten Anschuldigungen des Westens als unbegründet zurückwiesen und die Parlamentswahlen vom Sonntag als einen Erfolg bezeichneten.

Auch die chinesische Botschaft in Australien veröffentlichte eine Erklärung, in der sie den Wahlprozess als "fair, gerecht und offen" bezeichnete und versicherte, dass "Hongkong das Hongkong Chinas ist".

Pro-Peking-Kandidaten errangen bei den Wahlen einen erdrutschartigen Sieg, indem sie mehr als 90 Prozent der Sitze in der lokalen Legislative für sich gewannen. Die Wahlbeteiligung war jedoch relativ niedrig: Nur 30,2 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. China hatte im März das Wahlsystem in Hongkong grundlegend überarbeitet und unter anderem ein Prüfverfahren eingeführt, bei dem ausschließlich "Patrioten" für öffentliche Ämter kandidieren dürfen.

Am Montag verurteilten die Außenminister der Five-Eyes-Allianz den Druck Pekings auf das Wahlverfahren in Hongkong, das ihrer Meinung nach "jede nennenswerte politische Opposition ausgeschaltet" habe. Die EU und die G7-Staaten schlossen sich dem an und forderten China auf, die "ungerechtfertigte Unterdrückung derjenigen, die demokratische Werte und die Verteidigung von Rechten und Freiheiten fördern", zu beenden.

Hongkong war eine britische Kolonie, bevor es im Jahr 1997 an China zurückgegeben wurde, unter der Bedingung, dass es bis 2050 weitgehende Autonomie und bestimmte Freiheiten behält.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c2c31c48fbef4520318311.JPG>

nachmittags:

de.rt.com: Lawrow: Wir werden mit adäquaten Sanktionen auf RT DE-Löschung reagieren

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat in einem Interview mit RT angesichts der Sperrung der Ausstrahlung von RT DE erklärt, dass Russland gezwungen sei, mit spiegelbildlichen Sanktionen auf das rechtswidrige Vorgehen der deutschen Behörden zu

reagieren.

Sergei Lawrow, der russische Außenminister, hat RT ein Exklusivinterview gegeben. Insbesondere antwortete er auf eine Frage des RT DE-Korrespondenten Roman Ziskin über die Entfernung des RT DE-Kanals auf YouTube wenige Stunden nach dem Sendestart und den Druck der Medienanstalt Berlin-Brandenburg auf den Betreiber des Satelliten Eutelsat 9B, die Online-Ausstrahlung des deutschen RT-Kanals einzustellen.

Lawrow wies darauf hin, dass er die Situation des Senders RT DE in Deutschland genau verfolgen. Er betonte, dass die deutschen Behörden für die Hindernisse, mit denen RT DE in Deutschland konfrontiert ist, verantwortlich sind, auch wenn sie dies bis zu einem gewissen Punkt geleugnet haben. Ihm zufolge begann alles damit, ein negatives Image des RT DE-Fernsehsenders zu schaffen, woraufhin konkrete Maßnahmen folgten. Es gab einen Versuch, die Bankkonten zu sperren, später wurde die Erteilung einer Sendelizenz in Deutschland verweigert und schließlich wurde Druck auf Luxemburg ausgeübt, mit demselben Ziel, die Erteilung einer Sendelizenz für RT DE zu verhindern.

Der russische Außenminister betonte, dass Deutschland als Unterzeichnerstaat verpflichtet sei, die Normen des Europäischen Rundfunkübereinkommens einzuhalten. Daher habe das Land kein Recht, die Ausstrahlung von RT DE, das in Serbien registriert ist, zu blockieren. Lawrow warnte Deutschland jedoch vor Versuchen, die Verantwortung auf verschiedene Online-Plattformen wie YouTube abzuwälzen, weil RT DE angeblich gegen die internen Regeln des Videoportals verstoßen habe. Er sagte:

"Jetzt geben sie wieder den sozialen Medien und YouTube die Schuld und sagen, dies sei deren persönliche Initiative, sie hätten ihre eigenen Kriterien und der deutsche Staat habe damit nichts zu tun. Der deutsche Staat hat damit zu tun. Er muss etwas damit zu tun haben. Denn alle Verpflichtungen, die einen freien Zugang zu Informationen vorsehen, sind unterzeichnet worden, und Deutschland hat sich diesen Verpflichtungen angeschlossen. Und es ist nicht YouTube, es ist der Staat. Und der Staat, auf dessen Territorium diese Willkür stattfindet, ist dafür verantwortlich, diese Willkür zu stoppen."

Lawrow betonte, dass derartige diskriminierende Maßnahmen gegen die russischen Medien schon seit einigen Jahren stattfinden. Er sagte, dass Russland bis zu einem gewissen Punkt versucht habe, die westliche Politik der Druckausübung auf Journalisten nicht nachzuahmen. Er unterstrich aber, dass es für alles eine Grenze gebe. Lawrow sagte:

"Bis vor kurzem herrschte die Überzeugung vor, dass wir in dieser Situation nicht den gleichen Weg gehen wollen, die Presse zu strangulieren und die Medien zu unterdrücken, wie es unsere westlichen Partner tun. Aber wissen Sie, wie im Falle der russischen Sicherheit gibt es eine Grenze der Geduld. Ich schließe also nicht aus, dass wir reagieren müssen, wenn diese inakzeptable Situation anhält."

Ihrerseits äußerte sich die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa ebenfalls dazu, dass Berlin den europäischen Satellitenbetreiber zwingt, RT DE von der Ausstrahlung auszuschließen. Auf Telegram schrieb sie:

"Tatsächlich ist dies eine Verfolgung der Medien, eine informationelle Segregation. Die Reaktion wird nicht lange auf sich warten lassen."

RT DE wurde auf Betreiben der Medienanstalt Berlin-Brandenburg von der Liveübertragung, die am 16. Dezember über Satelliten von Eutelsat aufgenommen wurde, ausgeschlossen. Dies ist ein Verstoß gegen das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen und ein Akt der Kompetenzüberschreitung seitens der Behörde.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c2fdfe48fbef4d85559bc0.jpg>

snanews.de: **Keine direkte Bedrohung: Bulgariens Verteidigungsminister gegen Stationierung von Nato-Truppen**

Trotz Berichten über angebliche russische Vorbereitungen auf eine Invasion der Ukraine lehnt der bulgarische Verteidigungsminister Stefan Janew eine Stationierung von Nato-Truppen in dem südöstlichen EU-Land vorerst ab.

Es gebe keine notwendigen Umstände, die eine Entscheidung zur Stationierung von Nato-Truppen auf bulgarischem Staatsgebiet rechtfertigen könnten, schrieb Janew am Dienstag auf Facebook. Nach Erkenntnissen der Nato setzt Russland seine Truppenbewegungen in Richtung der Grenze zur Ukraine derweil unverändert fort.

„Bei dieser Etappe gibt es keine Gründe, die beobachteten Abläufe als eine direkte Bedrohung für die Nordatlantische Allianz und die relevante Sicherheitszone zu betrachten“, schrieb Janew darüber. Der ehemalige General und frühere Sicherheitssekretär von Bulgariens Staatschef Rumen Radew räumt ein, dass derzeit in der Nato diverse Varianten für eine Antwort kommentiert würden – einschließlich die Stationierung zusätzlicher Truppen in Bulgarien und Rumänien.

Eine derartige Entscheidung entspreche weder den Interessen der Allianz noch Bulgariens Interessen, meint Janew. Bulgariens Bevölkerung gilt aus historischen und kulturellen Gründen mehrheitlich als freundlich zu Russland gesinnt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/16/4774189_0:0:3139:1767_1920x0_80_0_0_90d0b75200fc71c99c1de7e9a6d89012.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 22.12.2021**
In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der 54. Brigade **einmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung in **Richtung Donezk verletzt**, indem sie **Alexandrowka** am Rand von Donezk mit 120mm-Mörsern beschossen und 20 Mörsergeschosse abgefeuert haben.

Es ist wichtig anzumerken, dass der **Beschuss** von den ukrainischen Kämpfern **durchgeführt** wurde, **als sich auf dem Positionen ein Filmteam des ukrainischen Fernsehsender „ICTV“ befand, um unsere Verteidiger zur Erwidern des Feuers zu provozieren.**

Die Filmmaterialien sollen Grundlage einer Reportage werden, die die Republik der Verletzung des Regimes der Feueinstellung während der Verhandlungen der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit sowie unmittelbar vor der Sitzung der Kontaktgruppe, die für heute geplant ist, beschuldigt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **haben die Kiewer Besatzer sieben Stück Panzertechnik in von ihnen kontrollierten Ortschaften stationiert:** vier Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade in einem Wohngebiet von Bogdanowka und drei Panzerfahrzeuge aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade in Orolowskoje.

Um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 95. Brigade im Gebiet von Majorsk durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine **Station für elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD“** aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die **Leistungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen zu blockieren.**

Außerdem haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade **mit Schusswaffen eine Drohne der Mission vernichtet**, mit der die Beobachter Monitoring der Lage im Gebiet von Talakowka in Richtung Mariupol betrieben.

Der moralisch-psychische Zustand der ukrainischen Kämpfer in der OOS-Zone bleibt mangelhaft. Davon zeugt die Zunahme der Fälle von Drogenkonsum sowie ein Ausbruch von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, die unter Drogeneinfluss begangen wurden. So hat am 20. Dezember ein unter Drogeneinfluss stehender Kämpfer der 95. Brigade in der Kaffeebar „Melniza“ in der Uliza Urizkoj in Dsershinsk bei einem Konflikt mit Besuchern fünf Zivilisten Wunden mit einem Messer beigebracht. Eine der Verletzten war die Geliebte des ukrainischen Kämpfers selbst. Nach uns vorliegenden Informationen wurde die Konfliktsituation durch einen Eifersuchtsanfall provoziert. Infolge der Konflikts wurden alle Verletzten in das Stadtkrankenhaus Nr. 2 von Dsershinsk eingeliefert, wo Ärzte um ihr Leben kämpfen. Der Verbrecher, der eine Uniform trägt, um angeblich „sein Volk“ zu verteidigen, ist auf der Flucht. Mitarbeiter der Polizei und des militärischen Rechtsordnungsdienstes fahnden nach ihm.

snews.de: **„Russland ist Teil des europäischen Hauses“ – Baerbock nach erstem Gespräch mit Amtskollege Lawrow**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock will nach eigenen Worten ihre ganze Kraft darauf verwenden, eine Eskalation mit Russland zu vermeiden. In einem Interview überrascht sie mit fast versöhnlichen Worten in Richtung Russland, will aber gemeinsam mit den USA „den militärischen Drohgebärden“ an der Grenze zur Ukraine unbedingt ein Ende setzen.

„So kritisch die Lage an der ukrainisch-russischen Grenze derzeit ist: Russland ist Teil des europäischen Hauses“, sagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) zum deutsch-russischen Verhältnis in einem am Mittwoch online erschienenen Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“. „Europa besteht nicht nur aus der EU, sondern auch aus dem Europarat mit 47 Mitgliedsstaaten, und dazu gehört Russland. Gerade deswegen müssen wir alles tun, um eine neue kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern.“

Dafür will Baerbock diplomatische Wege verwenden, wie sie im Interview erklärt. Sie habe

den russischen Außenminister Sergej Lawrow angerufen, um ihm zu sagen, dass „wir im Normandie-Format wieder in Gespräche einsteigen sollten“. Abgesehen davon müsse Deutschland angesichts der Gefahr einer militärischen Eskalation auch die Möglichkeiten im Rahmen der Nato nutzen, wie den Nato-Russland-Rat.

Zu ihrem ersten Gespräch mit Lawrow am 14. Dezember – noch vor der Ausweisung von zwei Diplomaten im Fall mit dem „Tiergarten-Mord“ – sagte Baerbock, es sei eine Chance gewesen, die Gesprächsfäden wieder aufzunehmen, trotz gegensätzlicher Positionen in zahlreichen Punkten.

„Man muss rund um die Uhr das Gespräch suchen, gerade in angespannten Situationen wie jetzt. Zugleich ist mir wichtig, dass wir als liberale Demokratie deutlich aufzeigen, für welche Werte wir eintreten.“

Außenminister Lawrow hatte nach dem Gespräch mit Baerbock seinerseits betont, dass eine Einflussnahme aus Berlin auf Kiew notwendig sei. Aus russischer Sicht hat die Ukraine viele der Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt.

Keine Waffenlieferungen an die Ukraine?

Dazu äußert sich Baerbock in dem „Zeit“-Interview zwar nicht, macht aber deutlich, wem die offizielle Solidarität der Bundesregierung gehört: „Die Souveränität der Ukraine und die Unverrückbarkeit der Grenzen in Europa gehören zur deutschen Außenpolitik. Wir Deutsche tragen mit Blick auf unsere Vergangenheit eine besondere Verantwortung.“ Die Ministerin lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine als „weitere militärische Zuspitzung“ ab.

„Der stärkste Beitrag zur Sicherheit der Ukraine, den wir leisten können, liegt darin, als Europäer mit den USA auf Russland einzuwirken, damit die militärischen Drohgebärden an der Grenze ein Ende haben“, sagt sie dazu. Zugleich bringt sie einen endgültigen Stopp der Pipeline Nord Stream 2 „bei einer weiteren Eskalation Russlands mit Blick auf die Ukraine“ ins Spiel.

Man habe im Rahmen der G7 daher sehr deutlich gemacht, dass es massive wirtschaftliche und diplomatische Konsequenzen für Russland hätte, wenn es zu einem Angriff auf die Ukraine käme. Baerbock geht im Interview nicht direkt auf die Frage nach personenbezogenen Sanktionen gegen das Umfeld von Präsident Putin ein. Im Grunde genommen stünde sie sogar für eine „Neue Ostpolitik“, erklärt die Außenministerin. Da man nicht mehr in einer Blockkonfrontation lebe, sondern in einem Wettbewerb „zwischen autoritären Kräften und liberalen Demokratien“, müsse Europa darauf eine eigene, souveräne Antwort finden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/16/4772514_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_12ce8496e43a03ee16d3961ae460020e.jpg

de.rt.com: **MH17-Abschuss: Niederländische Staatsanwaltschaft fordert für Angeklagte lebenslänglich**

Im Prozess zum Abschuss von Passagierflug MH17 über der Ostukraine hat die Staatsanwaltschaft für die vier Angeklagten lebenslängliche Haftstrafen wegen Mordes gefordert. Diese hätten "298 Menschen auf grausame Weise das Leben genommen". Die niederländische Staatsanwaltschaft fordert lebenslange Haftstrafen für die Angeklagten im Prozess um den Abschuss der Passagiermaschine des Fluges MH17 der Malaysia Airlines am 17. Juli 2014. Die damaligen Offiziere der prorussischen Rebellen in der Ostukraine seien für den Tod von 298 Menschen verantwortlich und müssten daher die Höchststrafen bekommen, erklärten die Vertreter der Anklage am Mittwoch vor dem Strafgericht am Amsterdamer Flughafen. "Die Angeklagten haben 298 Menschen auf grausame Weise das Leben genommen", sagte Staatsanwalt Thijs Berger. Das Urteil in dem seit Frühjahr 2020 laufenden Prozess wird erst im nächsten Jahr erwartet.

Drei Russen und ein Ukrainer hätten nach Überzeugung der Ankläger im Juli 2014 die Boeing-Maschine der Malaysia Airlines mit einer russischen Luftabwehrrakete vom Typ Buk abgeschossen. 298 Menschen an Bord wurden getötet. Der Prozess wird in Abwesenheit der Angeklagten geführt. Nur einer der Angeklagten lässt sich von Verteidigern vertreten. Alle Angeklagten bestritten jede Verantwortung.

Der Prozess ist politisch brisant, da auch Russland jegliche Verantwortung für den Abschuss zurückweist. Eine Auslieferung der Angeklagten scheint daher unwahrscheinlich. Versuche, Moskau die Verantwortung für das Unglück zuzuweisen, seien "absolut inakzeptabel", sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow gegenüber RT. Lawrow fügte hinzu, dass die fragliche Rakete [die angeblich das Flugzeug abgeschossen hätte] 1986 hergestellt wurde und seitdem in der Ukraine verblieben sein sollte.

Zudem sei in der Zwischenzeit von der Aufklärung der Tragödie Malaysia ausgeschlossen worden, obwohl es sich um ein malaysisches Flugzeug handelte, mit dem die Opfer des tragischen Vorfalles geflogen waren. Auch seien unter anderem die Auswertungen der Blackbox-Daten als Beweismittel nicht veröffentlicht worden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c3167cb480cc3c2a25d4ed.jpg>

de.rt.com: **An der Goldgrube 12 – EU ordert bei BioNTech 650 Millionen Impfstoffdosen für 2022**

Die jüngste Pressemitteilung aus dem Hause BioNTech beschert den Aktionären ein ungeahntes Weihnachtsgeschenk. Die Europäische Kommission führt eine Teilloption aus und bestellt mehr als 200 Millionen zusätzliche Dosen Impfstoff für das Jahr 2022 bei der Firma aus Mainz.

Das Unternehmen BioNTech, mit Geschäftssitz in Mainz, Deutschland, Geschäftsadresse: An

der Goldgrube 12, veröffentlichte am 20. Dezember ihre jüngste Pressemitteilung. BioNTech verkündet darin, dass "mit der Europäischen Kommission (EK) und ihren Mitgliedsstaaten eine Vereinbarung über die Ausübung einer Option zum Kauf von mehr als 200 Millionen zusätzlichen Dosen des COVID-19-Impfstoffs Comirnaty® der beiden Unternehmen getroffen wurde."

Die vertraglichen Bedingungen wären laut der Pressemitteilung noch nicht finalisiert. In der EU leben laut Statistik aus dem Jahre 2020 aktuell ca. 447,7 Millionen Menschen. Laut BioNTech-Angaben werden die 200 Millionen Dosen "zusätzlich zu den 450 Millionen bereits für 2022 geplanten Dosen aus vorherigen Vereinbarungen ausgeliefert.":

"Die Gesamtzahl der im Jahr 2022 an die EK-Mitgliedstaaten ausgelieferten Dosen wird nun mehr als 650 Millionen betragen."

Die Bestellung würde demnach "auch potenzielle Impfstoffe einschließen, die an die Omikron-Variante angepasst sind, ohne dass zusätzliche Kosten entstehen, sofern sich ein variantenspezifischer Impfstoff als notwendig erweist und später genehmigt oder zugelassen werden sollte."

Der Text der Pressemitteilung weist zudem darauf hin, dass bereits im Mai 2021 die Pharmaunternehmen Pfizer und BioNTech eine Vereinbarung mit der Europäischen Kommission "über die Lieferung von insgesamt 900 Millionen Dosen in den Jahren 2022 und 2023" getroffen hätte. Inklusiv einer Option auf weitere 900 Millionen Dosen.

Laut impfen-info.de enthält eine Durchstechflasche mit dem Impfstoff Comirnaty® von BioNTech/Pfizer sechs potenzielle Impfdosen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c300fd48fbef4ce12d5ba5.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Leutnant A.A. Mikushis

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. ...

Wie bestehender Tradition unterlässt die ukrainische Seite in der Zeit der Verhandlungen der Kontaktgruppe die Versuche, die Lage an der Kontaktlinie zu destabilisieren, indem sie provokative Beschüsse durchführt, nicht.

Wie wir bereits mitteilten, ist im Verantwortungsbereich der 30. Brigade **im Gebiet von Swetlodarsk eine Gruppe von Propagandisten** des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen mit Filmteams der Fernsehender „1+1“ und „5. Kanal“ **eingetroffen, um Reportagen zu erstellen, um die Volksmiliz der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.**

Gestern wurde in diesem Gebiet ein Versuch provokativen Beschusses unserer Positionen unternommen, um unsere Soldaten zu erwidern Aktivitäten zu provozieren. Zur Feuerleitung und zur Videoerfassung nutzten die Kämpfer der 30. Brigade eine Drohne vom

Typ Quadrokopter. Aber dank der sachkundigen Handlungen unserer Soldaten, die ständig die Lage im Luftraum beobachten, wurde die **Drohne des Gegners abgeschossen** und stürzte in den Raum zwischen den Positionen. Im Ergebnis war die geplante Provokation nicht von Erfolg gekrönt. ...

snanews.de: **Kreml hofft auf klare US-Vorschläge zu Sicherheitsgarantien**

Russland hat laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow äußerst klare Vorschläge zu Sicherheitsgarantien formuliert und hofft, dass auch die USA bei den Verhandlungen klare Positionen beziehen werden.

„Wir sind an Verhandlungen (über Sicherheitsgarantien – Anm.d.Red.) interessiert, wir wollen diese Verhandlungen. Natürlich führt man Verhandlungen mit dem Ziel, die gegenseitigen Positionen zu erörtern. Unsere Vorschläge werden konkret und sehr klar formuliert und an Washington und andere europäische Hauptstädte weitergegeben. Wir hoffen, dass unsere Partner, unsere Vis-a-Vis, auch mit klar formulierten Positionen zu den bevorstehenden Verhandlungen kommen“, sagte Peskow.

Er betonte, es sei sehr wichtig, dass Washington Hauptbotschaften klar formuliere, damit man bei den Gesprächen ein konkretes Ergebnis erzielen könnte.

„Es gibt grundlegende Fragen im Zusammenhang mit den Prozessen, die die Sicherheit Russlands bedrohen“, antwortete Peskow auf eine Frage von Journalisten, ob Russland seine Vorschläge zu Sicherheitsgarantien falls notwendig anpassen würde.

Der Kreml-Sprecher nannte aber keine konkreten Grundbestimmungen, die in den vorbereiteten Projekten enthalten seien und auf die Russland auf keinen Fall verzichten würde:

„Lasst uns noch auf diese Verhandlungen warten, bis die Termine vereinbart sind. Allein die Tatsache, dass die Bereitschaft (für Verhandlungen – Anm.d.Red.) bestätigt ist, ist schon gut“, fügte Peskow hinzu.

Zu der Bemerkung von Journalisten, dass sich die Verhandlungen zu Themen von globaler Bedeutung in einigen Fällen lange hinzogen, sagte der Kreml-Sprecher, dass man im aktuellen Fall „keinen klaren Zeitplan nennen kann“.

„Die Hauptsache, es wird kein Verhandlungsmarathon“, sagte er.

Peskow präzisierte auch die jüngsten Aussagen von Russlands Präsident Wladimir Putin, denen zufolge Russland bereit ist, im Falle der Fortsetzung der offensichtlich aggressiven Linie westlicher Länder angemessene militärisch-technische Maßnahmen zu ergreifen. „Dies ist ein ganzer Maßnahmenkomplex, um die Sicherheit Russlands und die gegenseitig einzuschränkende Parität zu gewährleisten“, erklärte Peskow. Konkrete Maßnahmen nannte er jedoch nicht. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/47701_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_84f7be1

[7864c1f2b62f745f5b78a1844.jpg](https://www.7864c1f2b62f745f5b78a1844.jpg)

de.rt.com: **Stoltenberg schließt Kompromiss mit Russland in Ukraine-Frage aus**

NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat Kompromisse mit Russland in Bezug auf einen NATO-Beitritt der Ukraine ausgeschlossen. Das Land habe das Recht, seine eigenen Wege zu gehen. Auf Grundlage der EU-Sicherheitsprinzipien sei die NATO zu einem Dialog mit Russland bereit.

Die NATO ist zum Dialog mit Russland bereit, schließt aber Kompromisse aus, wenn es um das Recht der Ukraine geht, ihren eigenen Weg zu gehen und eine Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis zu beantragen. Dies hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Nicolae Ciucă in Brüssel mitgeteilt.

Stoltenberg sagte, der Dialog mit Russland solle auf den Grundprinzipien der europäischen Sicherheit aufbauen und die Besorgnis der Allianz über das Vorgehen Moskaus berücksichtigen. Stoltenberg erörterte:

"Der Dialog sollte in Absprache mit den europäischen NATO-Partnern einschließlich der Ukraine geführt werden."

Der NATO-Generalsekretär wies auch darauf hin, dass er so bald wie möglich eine Tagung des NATO-Russland-Rates einberufen wolle. Zur Lage an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine sagte Stoltenberg, Russland baue weiterhin Truppen in der Region auf. Er warnte erneut vor den Folgen eines Angriffs auf die Ukraine.

Die NATO hatte wiederholt betont, dass die Entscheidung über einen möglichen Beitritt der Ukraine von den Bündnispartnern entschieden wird, während die Ukraine ein souveräner Staat ist, der seine Zukunft selbst bestimmen sollte. Stoltenberg betonte außerdem, dass die Unterstützung Kiews durch die NATO keine Bedrohung für Moskau darstelle.

In dem Entwurf über Sicherheitsgarantien, den Russland der NATO und den Vereinigten Staaten im Dezember übermittelt hat, ist eine Klausel enthalten, die die NATO verpflichten soll, die Ukraine nicht als Mitglied in das Bündnis aufzunehmen und keine militärischen Aktionen auf ihrem Territorium durchzuführen. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte erklärt, dass in der Ukraine stationierte Raketen Moskau innerhalb von sieben bis zehn Minuten erreichen könnten. Dies stelle für Russland eine ernsthafte Herausforderung dar, so Putin.

Der Beitritt der Ukraine zur NATO wird bereits seit den 2000er-Jahren diskutiert. Im Sommer 2021 bestätigte auch die EU ihre Bereitschaft, das Land aufzunehmen, ohne jedoch einen Zeitpunkt zu nennen. Das Weiße Haus wies darauf hin, dass Kiew dafür eine Reihe von Bedingungen erfüllen müsse, die den ukrainischen Behörden sehr wohl bekannt seien. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte, seine Regierung erwarte im kommenden Jahr eine klare Aussage seitens der NATO.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c21e9348fbef45203182ee.jpg>

snews.de: **Moskau hat auf jede Bedrohung eine Antwort – Lawrow warnt „Hitzköpfe in Ukraine“ vor Konfrontation**

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen im Ukraine-Konflikt werden die gegenseitigen Vorwürfe immer lauter. Dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, zufolge will Russland keinen Krieg. Sollte es aber hart auf hart kommen, werde das Land seine Sicherheit mit allen Mitteln verteidigen.

Lawrow erklärte in einem Interview mit dem Nachrichtensender Russia Today (RT), dass die Philosophie Russlands allen „lange und gut bekannt“ sei. Diese schwingt dem Außenminister zufolge in den Zeilen des russischen Liedes „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ mit. „Wir wollen keinen Krieg, Präsident Putin hat darüber einmal gesagt: ‚Wir brauchen keine Konflikte, wir hoffen, dass niemand sonst Konflikte für eine erstrebenswerte Vorgehensweise hält‘“, so Lawrow.

Russland werde jedoch „hart“ für seine Sicherheit mit jenen Mitteln kämpfen, die es für nötig erachte, betonte er.

Von daher warne Moskau „die Hitzköpfe“ in der Ukraine vor einer Konfrontation – und sei zugleich bereit zu reagieren, so der russische Chefdiplomat. In dieser Hinsicht bezeichnete Lawrow das Kalkül des Westens und der Ukraine als „sehr einfach“: Indem sie ihre Militärs nahe der russischen Grenze stationierten, wollten sie das Gleichgewicht in der Region durcheinanderbringen.

„Gestern hat Putin sehr deutlich im Verlauf einer Sitzung des Verteidigungsministeriums gesagt: Wir verfügen über alle notwendigen Möglichkeiten, um eine gebührende und darüber hinaus militär-technische Antwort auf jedwede Provokationen um uns herum zu gewährleisten“, betonte der Chefdiplomat.

Zugleich zeigte sich Lawrow besorgt, dass Paris und Berlin die Ukraine unterstützten, welche „die Minsker Vereinbarungen verletzen“ würde.

Gespräche zwischen Russland und USA für Anfang 2022 geplant

Anfang des nächsten Jahres soll dem russischen Außenminister zufolge die erste Runde der Gespräche zwischen Russland und den USA über die von der russischen Seite geforderten Sicherheitsgarantien beginnen.

Diese Gespräche zwischen Russland, den USA und der Nato können aber, so Lawrow, nicht ewig dauern.

„Natürlich fragen sich viele Leute: ‚Was wäre, wenn?‘ Die Amerikaner haben gesagt, dass in unseren Dokumenten eine Reihe von Bedenken enthalten sei, die sie bereit zu diskutieren seien, einige davon seien für sie inakzeptabel. Und drittens, dass sie selbst auch einige Bedenken haben“, so Lawrow.

Russland sei nämlich bereit, sie zu berücksichtigen, „aber sie wurden uns noch nicht vorgelegt“, sagte Lawrow in dem Interview. Es stehe noch eine Herkulesarbeit beim bestehenden Verständnis der organisatorischen und inhaltlichen Seite der Verhandlungen bevor.

„Aber wie der Präsident (Wladimir Putin – Anm. d. Red.) gesagt hat, können sie nicht ewig dauern“, fügte Lawrow hinzu.

Stehen Verhandlungen in Normandie-Format nicht im Wege

Zuvor hatte das russische Außenministerium kritisiert, dass die Rolle Moskaus bei der Beilegung des innerukrainischen Konflikts und die Herangehensweise bezüglich des möglichen Ministertreffens im Normandie-Format verdreht würde.

Um dies zu bekräftigen, hatte das Ministerium zuvor die Korrespondenz Lawrows mit seinen Kollegen aus Frankreich und Deutschland veröffentlicht. Mit Verweis darauf erklärte Lawrow, Russland stehe der Arbeit der Verhandlungen im Normandie-Format nicht im Wege.

Die Verhandlungen im Normandie-Format über die Ukraine werden seit Juni 2014 geführt. Damals, während der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung alliierter Truppen in der Normandie, hatten die Staatschefs Deutschlands, Russlands, der Ukraine und Frankreichs zum ersten Mal über die Beilegung des Konflikts im Donbass diskutiert.

Das bisher letzte Gipfeltreffen hat am 9. Dezember 2019 in Paris stattgefunden. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/45819_0:0:2938:1653_1920x0_80_0_0_fae5232834d32e8c205d0403aa474aef.jpg

dan-news.info: Die Ukraine hat aus den USA einige Partien Giftstoffe erhalten. Dies berichtete heute in einer Sendung von „Rossija-1“ der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der DVR Eduard Basurin.

Nach seinen Worten wurden im Herbst ein Botulinumtoxin und ein Antidot dagegen in die Ukraine geliefert. Dieser Giftstoff ruft Lähmungen hervor und ist lebensgefährlich. Nach den Worten Basurins kam das Toxin in Metallbehältern, die bei Granatwerferbeschüssen verwendet und von Drohnen transportiert werden können.

Der stellvertretende Leiter der Volksmiliz fügte hinzu, dass gleichzeitig ein Container mit 300kg Gewicht nach Mariupol geliefert wurde, in dem sich der Kampfstoff Benzoxazepin befand, der als Aerosol verwendet wird.

snanews.de: Nato versetzt Krisenkräfte in erhöhte Einsatzbereitschaft wegen Russland – Medien

Auf die Truppenaufmärsche Russlands nahe der ukrainischen Grenze hat nun die Nato eine konkrete Maßnahme folgen lassen und die Einsatzbereitschaft ihrer 40.000 Soldaten

umfassenden schnellen Eingreiftruppe (Nato Response Force, NRF) für Krisenfälle erhöht. Darüber berichtet die Zeitung „Welt“ unter Berufung auf einen ranghohen Nato-Diplomaten. Demnach müssen innerhalb der NRF die als sogenannte Nato-Speerspitze bekannten Einsatztruppen mit besonders hoher Mobilität (Very High Readiness Joint Task Force – VJTF) seit Montag innerhalb von fünf Tagen einsatzbereit für die Verlegung in ein Krisengebiet sein. Weiter wird berichtet, dass derzeit die multinationale VJTF von der Türkei geführt werde. Diese Truppe umfasse rund 6400 Soldaten und Soldatinnen. 2023 soll Deutschland die Führung der VJTF übernehmen.

Auch andere Einheiten der NRF, wie Spezialkräfte oder Logistiker, sollen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden, sodass auch sie im Krisenfall jetzt deutlich schneller für eine Verlegung bereit sein müssen.

Bei der Einsatzbereitschaft geht es um den Zeitraum, in dem die Einsatzkräfte inklusive militärischem Gerät für den Abtransport durch Flugzeuge oder Hubschrauber bereit sein müssen, – nicht um die Ankunft im Krisengebiet.

Schutz für östliche Mitgliedstaaten sicherstellen

Laut den der „Welt“ vorliegenden Informationen wurde dieser Schritt in der vergangenen Woche vom Nordatlantikrat, in dem alle Mitgliedsländer vertreten sind, beschlossen. Zuvor hatte der Oberbefehlshaber des Bündnisses für Operationen, der US-Vier-Sterne-General Tod D. Wolters, den Regierungen der Nato-Länder eine Verkürzung der Mobilisierungsfristen vorgeschlagen.

Dabei geht es der Zeitung zufolge neben dem Ukraine-Konflikt auch darum, den Schutz der Alliierten für die östlichen Mitgliedstaaten – nämlich Polen, Rumänien, Baltische Republiken – zu verstärken.

Des Weiteren heißt es in dem Artikel, ein Nato-Sprecher habe die neuen Beschlüsse öffentlich nicht bestätigen wollen und soll lediglich gesagt haben, dass Russlands „bemerkenswerter militärischer Aufwuchs“ in und um die Ukraine unbegründet sei und die Sicherheit in Europa unterminierte.

„Die Nato-Alliierten haben deutlich gemacht, dass Russland transparent sein muss, deeskalieren und die Spannungen reduzieren muss, und wir haben auch deutlich gemacht, dass jede weitere Aggression Kosten und Konsequenzen haben wird. Die Politik der Nato gegenüber Russland bleibt konsistent: Verteidigung und Dialog“, schreibt die „Welt“ mit Verweis auf den Sprecher.

Seit der „illegalen Annexion der Krim durch Russland“ im Jahr 2014, habe die Nato die „größte Verstärkung der kollektiven Verteidigung unternommen“, wozu auch die Einrichtung multinationaler Kampftruppen im Ostteil der Allianz gehöre, heißt es weiter.

„Die Maßnahmen der Nato sind defensiv, angemessen und sie stehen in Einklang mit unseren internationalen Verpflichtungen. Wir bleiben wachsam und werden immer alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unsere Alliierten zu schützen und sie vor jeder Art von Bedrohung zu verteidigen“, so der Sprecher weiter.

Konflikt zwischen Russland und Westen wegen Ukraine

Bei der Ukraine und dem Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Russland sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht. Das Außenministerium in Moskau hatte am vergangenen Freitag Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung

in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/12/4736706_0:271:3076:2001_1920x0_80_0_0_d4b68d80c1b033f4bdf4fa6e37c01d0.jpg

abends:

snanews.de: **Unbefugte Truppenpräsenz in Syrien muss aufhören – Russischer Diplomat**

Bei den internationalen Gesprächen zur Regulierung der Lage in Syrien hat der russische Sondergesandte, Alexander Lawrentjew, den Abzug der ausländischen Truppen aus Syrien angemahnt, die sich unerlaubt in dem Land aufhalten. Zugleich äußerte er die Hoffnung auf die endgültige Befreiung der syrischen Provinz Idlib von Terroristen im kommenden Jahr. Delegationen aus Russland, dem Iran und der Türkei sowie Vertreter der syrischen Regierung, der Opposition und der Vereinten Nationen haben sich am gestrigen Dienstag zur zweitägigen Syrien-Konferenz in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan eingefunden. Ein zentrales Thema der Gespräche war die unbefugte Präsenz ausländischer Truppen in der Syrischen Arabischen Republik. „Wir treten entschieden gegen jede unerlaubte Präsenz von bewaffnetem Militär ein. Dies ist eine offenkundige Verletzung des internationalen Rechts, die nicht länger andauern darf“, erklärte Alexander Lawrentjew, Syrien-Sondergesandter des russischen Präsidenten, im Anschluss an die Gespräche gegenüber Journalisten.

„Gemeinsames Vorgehen im Astana-Format“

Dabei richtete sich der russische Diplomat explizit auch an die Türkei. Die türkische Regierung betone immer wieder, sich für die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Syriens einzusetzen und dort nur vorübergehend mit eigenem Militär präsent zu sein. „Sie gehen, sobald sich die Gelegenheit bietet“, so der Sondergesandte. Allerdings stocke die endgültige Befreiung Syriens von Terroristen, trotz erkennbarer Bemühungen. „Wir sind immer noch nicht bei den Vereinbarungen angelangt, die wir im März 2019 erzielten. Hierbei geht es vordringlich um den Abzug der Kämpfer aus dem Süden Idlibs hinter die Fernstraße M4 sowie die Aufstellung von türkischen und russischen Beobachtungsposten auf beiden Seiten dieser Straße.“

Russlands Hoffnung sei es, die syrische Provinz Idlib im kommenden Jahr endgültig von Terroristen zu befreien – im gemeinsamen Einsatz mit der Türkei und dem Iran. Diese Länder fungieren neben Russland als Garanten im sogenannten Astana-Format zur Regulierung der Lage in Syrien. Moskau habe der türkischen Regierung Hilfe im Kampf gegen den Terror in Idlib angeboten – nun sei die Türkei am Zug. „Wir hoffen sehr, dass das nächste Jahr positive Ergebnisse in dieser Hinsicht bringen wird. Dass wir es schaffen, die Terrorgefahr loszuwerden, die von den Gebieten in Idlib ausgeht. Durch gemeinsames Vorgehen im Rahmen des Astana-Formats“, so Lawrentjew.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit nunmehr zehn Jahren an. Seit 2017 finden in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan internationale Gespräche zur Regulierung der Lage in der Syrischen Arabischen Republik im sogenannten Astana-Format statt, benannt nach dem einstigen Namen der kasachischen Hauptstadt. Im Januar 2018 kamen in der russischen Stadt Sotschi erstmalig Vertreter der syrischen Regierung und der syrischen Opposition zu einer Tagung zusammen. Deren zentrales Ergebnis war der Beschluss zur Gründung eines Verfassungskomitees mit Sitz in Genf zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform für Syrien.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/16/4777390_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_c95f6aa48ff802385d11a4445ab88f64.jpg